Keine vertragliche Regelung zwischen Gemeinde und K + S

In der letzten Ausgabe des Giesener Gemeindeboten vom 26.07.2018 hat die Gemeinschaftsinitiative PRO SCHACHT SIEGFRIED GIESEN in einer Pressemitteilung unter anderem darauf hingewiesen, dass es seitens der Firma K + S eine verbindliche Zusage gebe, sich an den Kosten für den Bau einer Umgehungsstraße zwischen Ahrbergen und Giesen mit einem Betrag von 4 Millionen Euro zu beteiligen.

Gemeindebürgermeister Andreas Lücke stellt hierzu nun fest, dass eine derartige verbindliche Zusage oder gar eine vertragliche Regelung nicht existiert.

Die Gemeinde Giesen hat in den Gesprächen mit den Verantwortlichen von K + S als auch im Genehmigungsverfahren gegenüber dem federführenden Landesbergamt in Clausthal-Zellerfeld immer wieder deutlich gemacht, dass sie die verkehrliche Anbindung und Erschließung des Hartsalzwerkes in den derzeitigen Planung nicht für ausreichend hält. Dies gilt sowohl für die Bauphase als auch für den späteren Betrieb.

In Gesprächen mit K + S in den Jahren 2015 bis 2017 wurde Einigkeit erzielt, dass sich das Unternehmen angemessen an den Baukosten für eine in Rede stehende Umgehungsstraße beteiligen werde. Diese sollten auf einen Betrag von etwa 4 Millionen gedeckelt werden, die restlichen Kosten der Maßnahme von voraussichtlich mindestens 8 Millionen Euro seien seitens der Gemeinde durch eigene Mittel oder mögliche Zuschüsse zu tragen.

Die entsprechenden Verhandlungen zwischen der Gemeinde Giesen und der Firma K + S über einen städtebaulichen Vertrag wurden im vergangenen Jahr zunächst ohne Ergebnis beendet.

Bürgermeister Lücke steht für weitere Gespräche mit K + S jederzeit zur Verfügung, denn die Gemeinde unterstützt das Anliegen der Wiederaufnahme des Bergwerkbetriebes, sofern die finanziellen Rahmenbedingungen für die Gemeinde stimmig sind und die Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt so gering wie möglich gehalten werden.